

Workshop:

Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der Standortsuche für ein Endlager

Ort: Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin, Garystr. 35-37, 14195 Berlin

Zeit: Donnerstag und Freitag, 03.-04.11.2022

Anmeldung: <https://www.eventbrite.de/e/382764006447/>

Kurzbeschreibung:

Der zweitägige Workshop findet im Rahmen des Forschungsvorhabens TRANSENS statt: „Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland“. Er hat das Ziel, die Schnittstellen von Politik und Wissenschaft im spezifischen Feld der Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle zu diskutieren und zu reflektieren.

Wir verfolgen dabei zwei zentrale Fragen:

- (1) Welche Rollen kommen Wissenschaft und staatlichen Organisationen/Politik im Verfahren zu und wie sieht ein konstruktives Verhältnis von Politik und Wissenschaft in diesem Zusammenhang aus?
- (2) Welche Problemstellungen, Herausforderungen und offenen Fragen lassen sich hierbei identifizieren?

Hintergrund:

Das Auswahlverfahren für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle soll laut Gesetzgeber wissenschaftsbasiert verlaufen. Mit Unterstützung der Wissenschaft soll ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit bestimmt werden. Der Sammelbegriff *der Wissenschaft* umfasst an verschiedenen Stellen des Standortauswahlgesetzes (StandAG) unterschiedliche Akteure. So müssen die Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Im Zusammenhang mit den Abwägungskriterien werden explizit die Disziplinen Geo- und Planungswissenschaften hervorgehoben.

Die Rolle von Wissenschaft ist jedoch nicht mit diesen Disziplinen aus dem Standortauswahlgesetz erschöpft. Denn die sichere Entsorgung ist wissenschaftlich deutlich umfangreicher zu betrachten; nicht zuletzt, weil sie politisch umkämpft ist und neue Formen demokratischer Prozesse und *long-term governance* im Zusammenhang mit Risikothesen erprobt werden. Daraus ergibt sich ein Bedarf nach einer breiteren wissenschaftlichen, interdisziplinären und auch transdisziplinären Begleitung.

Die Wechselwirkung zwischen Politik und Wissenschaft erfordert dabei auch eine Reflexion über das Selbstverständnis der Akteure im Verfahren. Staatliche Organisationen können auf vielfältige Weise wissenschaftliche Expertise in ihre Arbeit inkludieren. So wurde das Nationale Begleitgremium (NBG) explizit auch mit Akteuren aus universitären Forschungseinrichtungen besetzt. Wissenschaftler*innen arbeiten auch im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), in der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) oder in den geologischen Landesdiensten. Es werden beratende Kommissionen eingesetzt, gutachterliche Tätigkeiten oder langfristige Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen vergeben.

Durch Förderpolitik wird maßgeblich mitbestimmt, was als wichtige Erkenntnisgewinne und relevante Forschungsgegenstände gelten und welche nicht. Gleichzeitig finden sich Wissenschaftler*innen in hochpolitisierten Diskursen wieder. Hier sind sie nicht nur im regelmäßigen Austausch mit staatlichen Verfahrensbeteiligten, sie sind auch integraler Teil des politischen Prozesses und der breiten Beteiligungskultur, wenn sie ihre Erkenntnisse öffentlich kommunizieren und Orientierungswissen bereitstellen wollen. Hier zeigen sich etliche Herausforderungen, wie etwa der Umgang mit Dissensen und Konflikten, der Umgang mit Interessen und Wertungen oder die Kommunikation über Ungewissheiten.

Die Bewusstmachung wechselseitiger Einflüsse ist notwendig für ein Verfahren, das laut StandAG neben der Wissenschaftsbasierung auch Lernen, Selbsthinterfragung, Reversibilität und Transparenz zum Qualitätsmerkmal machen will. In unserem Workshop zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft wollen wir gleichermaßen über Erfahrungen aus der Standortsuche wie über Perspektiven im Verhältnis von Wissenschaft und Politik diskutieren.

Drei zentrale Problemstellungen sollen ein erster Ausgangspunkt für den gemeinsamen Dialog sein:

- a) Abhängigkeit und Unabhängigkeit zwischen staatlichen und wissenschaftlichen Akteuren und Einrichtungen
- b) Umgang mit Expert*innen-Dissensen und unterschiedlichen Erkenntnisinteressen
- c) Kommunikation in einem komplexen Akteursumfeld zwischen politischen (staatlichen) und wissenschaftlichen Akteuren sowie Akteuren aus der (Zivil-)Gesellschaft

Zum Ablauf des Workshops:

In drei Schritten erarbeiten wir zunächst Problemstellungen im Verhältnis von Politik und Wissenschaft, entwickeln danach Leitbilder sowie im Anschluss Mittel zu deren Umsetzung. Ziel ist ein gemeinsames, ergebnisoffenes Erarbeiten eines konstruktiven Verhältnisses von Politik und Wissenschaft auf der Basis unterschiedlicher Erfahrungen und Perspektiven.

Programm:

	Uhrzeit	Programmpunkt
Tag 1	12:00 – 12:30	Begrüßung und Einführung mit Fingerfood
	12:30 – 13:30	Einstieg: Akteure im Prozess
	13:30 – 13:45	Kaffeepause
	13:45 – 14:30	Phase 1 in Kleingruppen: Sammeln von Problemstellungen (IST-Zustand)
	14:30 – 15:00	Bericht aus den Kleingruppen im Plenum und Diskussion
	15:00 – 15:15	Kaffeepause
	15:15 – 16:15	Keynote: Prof. Dr. Silke Beck (Technische Universität München) mit anschließender Diskussion
	16:15 – 17:00	Phase 2 in Kleingruppen: Sammeln von Visionen (SOLL-Zustand)
	17:00 – 17:30	Bericht aus den Kleingruppen im Plenum und Diskussion
	17:30 – 18:00	Ausblick
	Ab 18:00	Ausklang mit Häppchen und Getränken
Tag 2	08:30 – 08:45	Einstieg
	08:45 – 10:15	Phase 3 in Kleingruppen: Sammeln von Mitteln zur Umsetzung (Vom IST zum SOLL)
	10:15 – 10:45	Bericht aus den Kleingruppen im Plenum und Diskussion
	10:45 – 11:00	Kaffeepause
	11:00 – 12:00	Kommentare zu den Workshopergebnissen aus Sicht von: BASE, BGE, NBG und TRANSENS/FFN
	12:00 – 12:30	Gemeinsame Diskussion
	12:30	Ende der Veranstaltung